



ASIEN/LIBANON - Patriarch Rai: Staaten, die das Regime und die Opposition mit Waffen beliefern sind für die Tragödie in Syrien verantwortlich

Bkerké (Fidesdienst) – Staaten, „die den Krieg in Syrien führen, indem sie Geld, Waffen und Mittel für das Regime und die Opposition zur Verfügung stellen“, sind mit ihrem „unguten Werk der Anstiftung“ vor ihrem Gewissen und der Geschichte für „die Verbrechen des Mordes, der Verwüstung, der Aggression und der Verschleppung unschuldiger Menschen verantwortlich“, unter denen die syrische Bevölkerung seit fast zwei Jahren leidet. Diese schwerwiegende Anklage erhebt der maronitische Patriarch von Antiochien, Kardinal Bechera Boutros Rai. In seiner Predigt in der Patriarchatskirche in Bkerké am vergangenen Sonntag beklagt der Kardinal anlässlich des von ihm einberufenen Tages der Solidarität mit den syrischen Flüchtlingen (vgl. Fidesdienst vom 26/01/2013) die Auswirkungen der Nachlässigkeit der internationalen Staatengemeinschaft im Hinblick auf den verheerenden Konflikt in Syrien. Mit Bezug auf die Enzyklika „Pacem in Terris, von Papst Johannes XXIII. erinnert der Patriarch auch an die Verantwortlichkeit der Vereinten Nationen „in ihrer Eigenschaft als nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Ziel des Erhalts und der Konsolidierung des Friedens zwischen den Völkern geschaffene Organisation“.

Das Oberhaupt der maronitischen Kirche erinnerte in diesem Zusammenhang auch an die destabilisierenden Auswirkungen des syrischen Konflikts auf die Situation im Libanon. In diesem Zusammenhang forderte er die Parteien des Landes auf, „die Schuld nicht dem Regime oder der Opposition in Syrien zuzuschreiben“. Auf diese Weise, so Kardinal Rai, würden Befürchtungen im Hinblick auf eine Ausweitung des Konflikts auf den Libanon geschürt und die Tendenz der Libanesen, ihr Land zu verlassen, gefördert.

An die syrischen Flüchtlinge wandte sich der maronitische Patriarch mit der Aufforderung, gegenüber dem Staat und dem Volk, das sie aufgenommen hat, dankbar zu sein und sich an der „libanesischen Kultur der Öffnung, Gastfreundschaft und Einheit“ zu inspirieren. Der Staat sei seinerseits, nach Ansicht des Patriarchen verpflichtet, „die Grenzen zu kontrollieren und Flüchtlinge zu gestrigen und alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit keine Waffen in den Libanon gelangen“. Nach Ansicht des Patriarchen sollte „jede Art von Komplott sowohl im Inland als auch im Ausland verhindert und die religiöse, gemeinschaftliche oder politische Instrumentalisierung der Flüchtlinge abgewendet werden“. Auch der Flüchtlingsstrom müsse beobachtet werden. Nach Ansicht des Patriarchen muss es dabei eine Abspreche mit den Vereinten Nationen und anderen Staaten geben, damit der Libanon nicht mit einer Anzahl von Flüchtlingen konfrontiert wird, die das Land unter wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten nicht bewältigen kann. (GV) (Fidesdienst, 29/01/2013)